

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
aktive Einbindung des Landtages in die Erarbeitung eines Prozessleitfadens für
Infrastrukturprojekte der Energieversorgung**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag in die Erarbeitung eines Prozessleitfadens für die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für Infrastrukturprojekte der Energieversorgung aktiv einzubinden.

Begründung

Die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte im Bereich der Energieversorgung ruft immer öfter Unverständnis und Protest vieler Bürgerinnen und Bürger hervor. Im Vordergrund stehen dabei vor allem Fragen über mögliche Trassenverläufe, Freileitungs- oder Erdverkabelungsvarianten. Wichtig für die Entscheidung über und die Akzeptanz für notwendige Infrastrukturprojekte ist eine transparente Bedarfserhebung sowie eine korrekte Erhebung und Darstellung der unterschiedlichen Umsetzungsvarianten, die dem Behördenverfahren zur Entscheidung zugrunde liegen. Es geht sowohl um Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger als auch um die Rechtssicherheit für die Projektwerberinnen und Projektwerber.

Der zuständige Landesrat Strugl hat bereits ein neues Prozedere für den Entscheidungsprozess bei derartigen Energieinfrastrukturprojekten analog den Entscheidungsprozessen bei Verkehrsprojekten angekündigt.

Linz, am 5. April 2016

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Hirz, Mayr, Kaineder, Buchmayr, Böker

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Makor, Binder, Müllner, Rippl, Peutlberger-Naderer, Punkenhofer, Schaller, Promberger, Bauer, Krenn